

**Rede  
des Fraktionssprechers für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

**Stefan Klein, MdL**

zu TOP Nr. 9

Abschließende Beratung

**Gut gemeint, aber schlecht gemacht - die jetzige A1-  
Bescheinigung muss abgeschafft werden!**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/3646

während der Plenarsitzung vom 29.01.2020  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herzlichen Dank für diese gemeinsame EntschlieÙung, die die vier Fraktionen jetzt auf den Weg gebracht haben. Das ist auch gut so, weil es hier auch inhaltlich keinen Dissens gibt. Herr Bode hatte angesprochen, dass die FDP mit dem Ursprungsantrag initiativ war - das stimmt -, aber auch erst neun Jahre, nachdem die Regelung eingeführt worden ist.

Aber es ist gut, dass wir hier jetzt einen gemeinsamen Nenner gefunden haben. Ich will klar sagen: Wir stehen als Fraktion ganz deutlich hinter der Intention dieser A1-Bescheinigung, nämlich, Schwarzarbeit und Sozialversicherungsmissbrauch zu bekämpfen. Das ist auch weiterhin richtig, aber es muss ein praktikables und bürokratiearmes Verfahren dazu geben, und das ist aktuell eben nicht der Fall. Deswegen ist es richtig, zu Veränderungen zu kommen.

Allein wenn man sich anschaut, wie unterschiedlich die einzelnen Nationalstaaten das regeln! Wenn man gegen die A1-Bescheinigungspflicht verstößt, wird klar: Man kann sich im Grunde als Arbeitnehmer gar nicht richtig auf das einstellen, was auf einen zukommt. Wir handhaben das in Deutschland vielleicht ein bisschen moderater, während andere - Frankreich oder Österreich - das viel härter regeln und Verstöße entsprechend ahnden. Deshalb ist es gut, wenn man hier zu einer gemeinsamen Lösung kommt.

Gerade für die kurzen Dienstreisen von bis zu sieben Tagen ist das ja jetzt von der Regierung im Rahmen der Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht worden. Ich sehe auch keinen Dissens, Herr Henze, weil wir hier auch ganz klar ausführen, bei kurzen Dienstreisen keine A1-Bescheinigungen vorlegen zu müssen. Ein Zeitraum ist hier nicht konkret definiert; diese Lücke hat die Regierung mit der Festlegung von sieben Tagen gefüllt. Ich denke, das ist auch korrekt. Herzlichen Dank dafür, dass die Landesregierung hier auch so aktiv ist, um die Bürokratie abzubauen.

Ich denke, alle vier Fraktionen, die den Änderungsvorschlag mittragen haben, und die Regierung stehen auf derselben Seite. Jetzt hoffen wir auf ein gutes Verfahren auf den höheren Ebenen, um auch zu einer Veränderung zu kommen; wir haben es ja nicht allein in der Hand. Aber ich denke, das ist ein guter erster Schritt, das hier zu machen. Deshalb vielen Dank für die Einigung, danke fürs Zuhören.

Glück auf!